

Wiesbaden, 30. Oktober 2015

Industriepolitischer Dialog in der Chemie am Hochrhein

Wie die Chemie-Sozialpartner, Unternehmen und Betriebsräte, Bürgermeister und Bürgerinitiativen daran arbeiten, eine Region zukunftsfähig zu halten

Beteiligung der Öffentlichkeit

Heutzutage gibt es viele Gründe, warum Entscheidungen und Rechtsansprüche von verschiedenen Anspruchsgruppen (Stakeholdern) infrage gestellt werden, auch wenn sie

rechtmäßig zustande gekommen sind: Vertrauensverluste in Organisationen und Personen, Individualisierung der Gesellschaft, die zunehmende Heterogenität und Teilhabebedürfnisse an Planungsprozessen. Dem stehen das Mobilisierungspotenzial der sozialen Netzwerke im Internet, eine neue Wissensverteilung (das Ende der Experten) und der Kompetenzaufbau durch das Internet gegenüber. Große Teile der Bevölkerung erwarten, dass die Anliegen aller wichtigen Anspruchsgruppen ausreichend berücksichtigt und im Prozess der Planung eingebunden werden. Das stellt Organisationen vor neue Herausforderung in Sachen Bürgerbeteiligung.

Hilfreich ist dabei die VDI-Richtlinie 7001 „Öffentlichkeitsbeteiligung bei Planung und Bau von Infrastrukturprojekten“ aus dem Jahr 2014. Das Dokument beschreibt präzise, wie Organisationen/Unternehmen die Beteiligung der wichtigsten Anspruchsgruppen/Stakeholder und die Kommunikation unter den Beteiligten organisieren können – und sollten. Es sichert eine hohe Qualität der Beteiligung. Außerdem dürfte es künftig bei Streitigkeiten vor Gericht eine große Rolle spielen, ob und inwieweit diese Kommunikations- und Beteiligungsanforderungen erfüllt worden sind.

Die Ausgangslage: Der Industriestandort Hochrhein

Der Hochrhein zwischen Basel, Grenzach-Wyhlen und Rheinfelden ist ein Chemiestandort unmittelbar an der Grenze zur Schweiz. Der Hochrhein ist hier die Grenze zwischen Deutschland und der Schweiz. Rund 30 Betriebe (u. a. BASF, Evonik, DSM Nutritional, Syngenta, Umicore) sind auf schweizerischer oder deutscher Seite ansässig. Beschäftigte: etwa 5.400. Jahresumsatz: rund zwei Milliarden Euro (ohne Zulieferbetriebe). Der Industriestandort Hochrhein blickt auf mehr als 120 Jahre Geschichte zurück. Die Wasserstraße Rhein, Schiene und Kraftwerke erlaubten die Ansiedlung großer Industriebetriebe, vor allem der chemischen Industrie. Unternehmen und qualifizierte Fachkräfte haben der Region Wachstum und Wohlstand gebracht. Die chemische Industrie hat einen großen Anteil an der Wertschöpfung der Region. Doch die Globalisierung bleibt auch für die hiesige Industrie



nicht ohne Folgen, wie etwa die Verlagerung und Schließung von Standorten. Die Region ist seit Jahren von Arbeitsplatzabbau geprägt.¹ Dem stehen Erfolgsmeldungen wie „eine Betriebsvereinbarung mit einer Standort- und Investitionszusage bei DSM“ sowie die Investition in zweistelliger Millionenhöhe in ein Forschungszentrum von Evonik gegenüber.

Bewertung der Situation/Herausforderungen

Die Verlagerung und die Schließung von Standorten, führen u. a. dazu, dass große Industrieflächen frei werden. Wie sie künftig – im Sinne der Stärkung des Standorts und der Region – genutzt werden sollen, ist derzeit eine der Fragen, die Kommunen, Unternehmen so-



wie Bürgerinnen und Bürger bewegt. Dabei geht es um die Grenzlage, Infrastruktur und Fachkräfte und die Attraktivität der Region für die Menschen. „Die Infrastruktur ist ein zentraler Punkt“, so Nils Schmid, Finanz- und Wirtschaftsminister von Baden-Württemberg, beim Runden Tisch.

Auch die Bürgerinitiative Zukunftsforum will „eine chemische Industrie, die Wertschöpfung und Arbeitsplätze bringt“. Doch „zur Gewinnung von Fachkräften müssen die Attraktivität

der Region erhöht und die Akzeptanz der Industrie gesteigert werden“, so Prof. Dr. Marx, Hauptgeschäftsführer der IHK Hochrhein-Bodensee. Die relevanten Akteure in der Region – man spricht hier auch von „Anspruchsgruppen“ oder „Stakeholdern“ – sind sich einig in der Bewertung der Situation/Herausforderungen: Es geht darum, die Region zu stärken und als Industriestandort zu erhalten.

Sie kamen auf Initiative der Landesbezirksleitung der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) Baden-Württemberg an einen „runden Tisch“ zusammen. Diese Initiative kann man als Beginn des industriepolitischen Diskurses am Hochrhein betrachten. Mit dem Runden Tisch wollte die IG BCE eine Offensive starten, „um der Bevölkerung die Vorbehalte gegen die chemische Industrie zu nehmen“, sagt Catharina Clay, Leiterin des Landesbezirks der IG BCE Baden-Württemberg.²

¹ So wurde Gaba (Lörrach) von Colgate-Palmolive übernommen und Ende des Jahres 2014 geschlossen. DSM Nutritional Products in Grenzach-Wyhlen, die heute zum niederländischen Konzern Koninklijke DSM gehören, hat fast die Hälfte seiner einst 1.100 Beschäftigten verloren. Im Werk der BASF in Grenzach-Wyhlen sind heute noch rund 200 Menschen beschäftigt, zu zu Ciba-Zeiten waren es rund 880.

² „Grenzacher Signal“ der IG BCE vom 10. September 2013

Hinreichende Öffentlichkeitsbeteiligung: Runder Tisch am Hochrhein

An der Auftaktveranstaltung am 10. September 2013 im Haus der Begegnung in Grenzach-Wyhlen nahmen rund 50 Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter sowie Unternehmensvertreter aus den am Hochrhein ansässigen Standorten von BASF, Roche, Evonik, Bayer und DSM teil. Ferner der Bürgermeister von Grenzach-Wyhlen, Jörg Lutz, sowie der Oberbürgermeister von Rheinfelden, Klaus Eberhardt, Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen Parlamente, der Bürgerinitiative Zukunftsforum, Prof. Dr. Manfred Mutter, der Industrie- und Handelskammern, der Handwerkskammern, des DGB, der Agentur für Arbeit, des Arbeitgeberverbandes Chemie Baden Württemberg, Ralf Müller, Geschäftsführer AGV Chemie Baden- Württemberg e. V., sowie der IG BCE Bezirk Freiburg mit seinem Bezirksleiter Wilfried Penschorn und dem Landesbezirk der IG BCE, Catharina Clay, und als Vertreter des Landes Nils Schmid, Wirtschaftsminister von Baden-Württemberg. Die Teilnahme des Wirtschaftsministers unterstreicht den Stellenwert des Runden Tisches für die Region.

Der Runde Tisch soll, so Clay, „nur der erste Schritt, der Auftakt zu einem Dialog aller Beteiligten sein“. Die eigentliche Arbeit, die Vertiefung in die Thematik, sollte dann in drei Foren geschehen: „Der Hochrhein als Industriestandort für Unternehmen“, „Arbeiten und Leben



am Hochrhein“ und „Besser miteinander auskommen.“ Am 29. Juli 2014 tagt erneut der Runde Tisch zur Zukunft der chemischen Industrie am Hochrhein, diesmal in Rheinfelden. Beteiligung: die regionalen Akteure aus Politik, chemischer Industrie (Unternehmensvertreter und Betriebsräte), die Chemie-Sozialpartner aus der IG BCE, Thomas Mayer, Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Chemie Baden-Württemberg sowie Dr. Nils Schmid, Wirtschaftsminister des Landes Baden-Württemberg (Foto links). Thomas Mayer nannte als „entscheidende Faktoren die Infrastruktur sowie die Gewinnung und Bindung von Fachkräften.“ Er betonte, dass „ohne die Unterstützung des Wirtschaftsministeriums dies allerdings kaum gelingen würde“. Er warnte allerdings auch vor übertriebenen Hoffnungen: „Die entscheidenden Standortfaktoren für die Industrie können Bürgerinitiativen jedoch nur sehr beschränkt beeinflussen.“

Die Arbeitsforen, initiiert beim ersten Runden Tisch, stellten die Ergebnisse vor.

Forum 1: „Der Hochrhein als Industriestandort für Unternehmen“ kam zu dem Fazit: Infrastruktur, Verfügbarkeit qualifizierter Fachkräfte und Kommunikation sind maßgeblich zur

Stärkung des Standorts Hochrhein. „Die Infrastruktur entscheidet darüber, ob wir prosperieren oder stagnieren“, so Alexander Graf von der IHK Hochrhein-Bodensee (Foto rechts). Er sprach sich auch dafür aus, jungen Menschen die Karrierechancen einer dualen Ausbildung besser darzustellen.

Forum 2: Die Mitglieder des Forums 2, das sich mit dem Thema „Arbeiten und Leben am Hochrhein“ beschäftigte, kamen zu dem Ergebnis, dass die Unternehmen sich mit der Region identifizieren und sich auch sozial einbringen. Wilfried Penshorn, Bezirksleiter der IG BCE, der die Ergebnisse vortrug, stellte fest, dass die chemische Industrie mit mehr als 5.000 Arbeitsplätzen nach wie vor ein bedeutender Wirtschaftsfaktor in der Region sei. „Die Region hat mit und von der chemischen Industrie über Jahre gut gelebt. Diese Erfolgsgeschichte sollte fortgesetzt werden“, so Wilfried Penshorn (siehe Interview unten).



Forum 3: Die Ergebnisse des Forums 3 „Besser miteinander auskommen“ trug Rheinfeldens Oberbürgermeister Klaus Eberhardt in 13 Thesen zu Themen wie Aktivierung und Einbeziehung aller Gruppen der Bevölkerung oder Information und Kommunikation vor. Der Fokus liege maßgeblich auf der Bürgerbeteiligung. „Wir sind uns der Bedeutung der chemischen Industrie für unsere Städte voll bewusst“, so der Oberbürgermeister. „Es hat aber in den vergangenen Jahren eine gewisse Entfremdung eingesetzt. Die gegenseitigen Vorurteile müssen wir abbauen“ (siehe auch das Interview unten).

Alle Beteiligten bekräftigen ihre Willen, den Industriestandort und die Attraktivität des Hochrheins zu stärken. Unklar ist, wie das am besten gelingen kann. Das zeigt sich unter anderem am Protest der Bürgerinitiative (BI) Zukunftsforum gegen die Ansiedlung eines Chemieentsorgers/Sondermüllentsorgers (die Fa. Zimmermann) auf dem freigewordenen Gelände der BASF. Ob er kommt oder nicht, ist für die BI die „Gretchenfrage“.³ Die BI befürchtet die „Entstehung einer Sondermülldeckscheibe Grenzach-Wyhlen mit großem, europäischem Entwicklungspotenzial“, falls „derartige unerwünschte Ansiedlungen“ auch mittels Bebauungsplan nicht verhindert werden könnten. Mit „steigender Tendenz“ würden sonst „jährlich 140.000 Tonnen Giftmüll durch tausende Gefahrgut-Transporte“ nach Grenzach-Wyhlen gebracht“⁴ In dem aktuell diskutierten Bebauungsplan („Rheinvorland-West“) sieht die BI einen „entscheidenden Schlüssel zu einer zukunftsorientierten Gestaltung unserer Gemeinde“. Nur dadurch könne die Ansiedlung eines Sondermüllentsorgers ausgeschlossen werden.

³ Badische Zeitung, 21. Mai 2015

⁴ Weiler Zeitung, 15. Mai 2015

Die Einstellung der Bevölkerung gegenüber der Chemie

Die chemische Industrie am Hochrhein hat nicht nur mit den erwähnten strukturellen Problemen (Globalisierung, Verlagerung, Arbeitsplatzabbau) zu kämpfen, sondern auch mit einer mangelnden Akzeptanz, besonders bei Jugendlichen. Eine Telefonbefragung unter 704 Bürgerinnen und Bürgern im Vorjahr (2014) stellt fest: Die generelle Wertschätzung der Chemieindustrie als Wirtschaftsfaktor ist hoch. Aber: Als Berufsfeld hat sie für Jugendliche nur eine geringe persönliche Attraktivität.⁵ Die mangelnde Anziehungskraft der Chemie-Industrie für Jugendliche ist nicht gleichbedeutend mit „Industriefeindlichkeit“. Die Industrie ihrerseits hat sich in der Vergangenheit oft zu sehr auf ihre Bedeutung als Goldesel für das kommunale Steueraufkommen verlassen, wie Dr. Hagen Pfundner, Vorstand Roche Pharma AG, beim Runden Tisch Hochrhein am 10. September 2013 eingestand: „Es war vielleicht ein Fehler zu glauben, die eingebrachten Steuern allein würden für die Akzeptanz in der Öffentlichkeit ausreichen“ (Protokoll Runder Tisch Hochrhein vom 10. September 2013).

Fachkräfterekrutierung

Das schlechte Image der Chemie-Industrie in der Region erweist sich als Hindernis besonders für die Sicherung des Fachkräftenachwuchses und der Rekrutierung von Fachkräften.

So beklagt Ralf Wittmann, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender von Evonik Rheinfelden, dass der „größte Ausbilder in der Region vor dem Problem steht, dass angehende Auszubildende teilweise ihre Lehrstellen nicht antreten.“ Als Grund führt er an: das negative Image der chemischen Industrie in der Öffentlichkeit. Dabei wüssten die „wenigsten, was wir überhaupt herstellen.“ Die Folgen beschreibt Klaus Keßner, BR-Vorsitzender von DSM in Grenzach, so: „Frisch ausgebildete Fachkräfte wandern in die angrenzende Schweiz ab.“



Foto (von links): Wilfried Penschorn (IG BCE), Peter Dettelmann (Evoniks), Ralf Müller (Arbeitgeberverband Chemie), Manfred Mutter (BI Zukunftsforum), Monika Neuhöfer-Avdic (Bauamt Grenzach-Wyhlen), Elmar Wendland (WST), OB Klaus Eberhardt (Rheinfelden), Klaus Kessner (Betriebsrat DSM), Alexander Maas (Wirtschaftsregion Südwest), Alexander Graf (IHK) und Nina Blinda (BASF) Foto: Ralf H. Dorweiler

⁵ „Das Image der chemischen Industrie am Hochrhein.“ Ergebnisse aus der Bevölkerungs- und Jugendlichen-Umfrage vom Juli 2014, Lörrach



Der Steuerungskreis

Wie sollen die Anspruchsgruppen (organisierte Schlüsselakteure sowie Bürgerinnen und Bürger) in die Projektplanung und die Entwicklung der Antragsvarianten eingebunden werden? Catharina Clay von der IG BCE schlug einen Steuerungskreis vor, der tragfähige Perspektiven für die Entwicklung der Region erarbeiten soll. Der Vorschlag fand allgemeine Zustimmung. Der Steuerungskreis solle als „geeignete Plattform“ dienen, „um im Dialog zu bleiben“. Dem Steuerungskreis sollen verschiedene Spezialisten angehören, die sich weiter treffen und überlegen sollen, wie einzelne Prozesse angestoßen werden können.

Der Steuerungskreis – Zusammenstellung der zu berücksichtigenden Akteure (Stakeholder-Analyse)⁶:

Die Anspruchsgruppen/Stakeholder sind:

George Basrawi, BASF GmbH, Arbeitgebervertreter Betriebe Hochrhein

Marion Dammann, Landrätin, Landratsamt Lörrach

Peter Dettelmann, Evonik Industries, Arbeitgebervertreter Betriebe Hochrhein

Klaus Eberhardt, Oberbürgermeister Rheinfelden

Alexander Graf, Geschäftsführer IHK Hochrhein-Bodensee

Klaus Keßner, Betriebsratsvorsitzender DSM Nutritional Products GmbH

Andrea Lutz, stellvertretende Geschäftsführerin Wirtschaftsbeauftragte Landkreis Lörrach
Wirtschaftsregion Südwest

Alexander Maas, Geschäftsführer Wirtschaftsregion Südwest

Ralf Müller, Geschäftsführer AGV Chemie Baden- Württemberg e. V

Prof. Dr. Manfred Mutter, Bürgerinitiative Zukunftsforum Grenzach-Wyhlen

Monika Neuhöfer-Avdic, Bauamtsleiterin Gemeinde Grenzach-Wyhlen

Wilfried Penschorn, Bezirksleiter IG BCE

Dr. Joachim Wekerle, Ministerialrat/Leiter Referat 75 Gesundheitsindustrie, Chemie und
Werkstoffe Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg, Stuttgart

Die „Initiative Chemie Hochrhein“

Aus der Arbeit der Steuerungsgruppe ging Mitte 2015 die „Initiative Chemie Hochrhein“ hervor. Das Ziel der Initiative ist es, „in einem dynamischen und dauerhaften Prozess“ einen Dialog mit den genannten Anspruchsgruppen zu installieren. Sie will die Zukunftsfähigkeit der Region, der Unternehmen und Arbeitsplätze stärken. Zugleich sollen die Folgen

⁶ Anspruchsgruppen oder Stakeholder, also alle Akteure in der Öffentlichkeit, die einen Einfluss auf die geplanten Projekte und Vorhaben der Organisation haben können, VDI-Richtlinie 7000: „Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung bei Industrie- und Infrastrukturprojekten“

politischer und wirtschaftlicher Entscheidungen perspektivisch bewertet werden. Die Beteiligten verfolgen das gemeinsame Interesse, eine nachhaltige Weiterentwicklung des Industriestandortes im Kontext zum Siedlungsraum zu betreiben. Koordiniert wird dieser Prozess durch die Initiative „Chemie am Hochrhein“, die sich aus den Vertretern der genannten Stakeholder zusammensetzt.



Vorläufiges Fazit und Fragen

Der bisherige Prozess der öffentlichen Beteiligung aller wichtigen Anspruchsgruppen ist bislang vorbildlich gelaufen. Er mündet in der Gründung der „Initiative Chemie Hochrhein“. Sie steht nach ihrem Selbstverständnis „für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit, für einen fairen Umgang miteinander, für einen frühzeitigen Meinungs austausch und für eine offene Kommunikation aller Beteiligten.“ Für den baden-württembergische Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid, ist dieser „Prozess, den die Region aufgesetzt hat, beispielgebend“. Den Akteuren sei es gelungen, „den Standort Hochrhein insgesamt zu beleuchten“, was eben mehr als die „Lösung eines ad hoc Problems“ sei. Schmid sieht in dem Prozess Hochrhein auch eine Bestätigung der „dialogorientierten Wirtschaftspolitik“ des Landes. Er ermutigt daher alle Beteiligten, den „begonnenen Prozess unbedingt weiterzuführen.“

8

Der Prozess der Beteiligung aller Anspruchsgruppen/Stakeholder ist am Hochrhein deshalb dynamisch verlaufen, weil sich alle Anspruchsgruppen entschieden für den Industriestandort Hochrhein aussprechen. Die Industrie, vor allem die Chemie-Industrie, wird nicht in Zweifel gezogen. Dass die Region attraktiver werden soll, um beispielsweise mehr Fachkräfte anzulocken (oder die Abwanderung in die Schweiz zu verringern), ist so wenig ein Streitthema wie die Verbesserung der Infrastruktur (etwa durch die Anbindung an die Autobahn). So ist ein beachtliches Kapital an Konsens der strategisch relevanten Akteure entstanden.

Dieses Kapital ist wichtig. Denn es ist absehbar, dass sich an konkreten Fragen, die gegensätzliche Interessenslagen berühren, Konflikte entzünden werden. Z.B. ob bestimmte Entscheidungen wie etwa für die Ansiedlung des Spezialchemieentsorgers Zimmermann auf dem BASF-Gelände, dem gemeinsamen Ziel, den Standort weiterzuentwickeln, förderlich sind oder nicht.⁷ Fragen dieser Art dürften zur Bewährungsprobe dafür werden, ob und wie die frühzeitige Beteiligung aller Anspruchsgruppe nicht nur gelingen, sondern zu einer für alle Beteiligten tragfähigen Lösung führen kann.

⁷ Es handelt sich um ein 38 Hektar großes Gelände, das auf dem BASF-Standort frei wird und wegen verschiedener Bodenaltlasten saniert werden muss, bevor es weiter genutzt werden kann. Die Frage der künftigen Nutzung und die Sanierung der sogenannten Keßlergrube hängen eng miteinander zusammen. Für die Sanierung des BASF-Anteils – der andere Teil liegt in der Verantwortung von Roche - gibt es verschiedene Sanierungsmethoden, die unterschiedlich langwierig sind und damit die Planung und künftige Nutzung des Standorts beeinflussen.

Konsens- oder Dissensmanagement?

Andere Initiativen standen vor ähnlichen Herausforderungen wie die „Initiative Chemie Hochrhein“. Sie haben erfahren, dass Prozesse der frühzeitigen Beteiligung aller Anspruchsgruppe oft unter einen fast zwanghaften Druck stehen, einen Konsens zu erreichen. Möglicherweise sind alle Beteiligten besser beraten, nicht nach einem Konsens, sondern nach *konsensfähigen* Vorschlägen zu fragen, die durchaus Dissens zulassen.

„Dissensmanagement erkennt die Unterschiede aller Positionen an, die jede für sich gute Gründe anführen kann. Man könnte auch sagen: Der Konsens besteht darin, dass alle wissen, wir sind uns nicht einig“.⁸ So ließe sich die Zahl Optionen der Akteure erweitern. Auf der Grundlage eines Dissensmanagements kann eine Initiative nach einem materiellen Ausgleich suchen, „auf den sich alle Beteiligten einigen können, trotz unterschiedlicher Positionen“. Dieser Ausgleich wäre dann sozusagen ein Ersatz für einen Konsens. Er umgeht das Problem der Konsensfindung dadurch, dass ein Ausgleich gesucht (und gefunden wird), auf den sich alle einigen können, mag sich ihre Sicht in Sachen Nachhaltigkeit ansonsten radikal unterscheiden.



⁸ So hat es der Technikphilosoph Christoph Hubig in einem Interview mit der CSSA beschrieben: „Es geht um einen echten Ausgleich für Schäden“, *cssa-news* 2/15, S.3

„Gegen die Mehrheit der Bevölkerung kann man kein Projekt durchsetzen“



Wilfried Penschorn, Bezirksleiter der IG BCE Freiburg, über Bürgerbeteiligung und Suche nach einem Konsens

Herr Penschorn, die Initiative Chemie Hochrhein ist gegründet. Was sind die nächsten Schritte?

Wir wollen diese Strukturen nutzen und mehr Vertreter der einzelnen Firmen und Mitstreiter gewinnen, die auch bereit sind, sich personell und finanziell zu engagieren. Außerdem wollen wir den Arbeitskreis der Betriebsräte und den der Personalverantwortlichen bei gemeinsamen Themenstellungen für einen konstruktiven Dialog zusammenführen. Bislang arbeitet jeder für

sich. Natürlich wissen wir, dass es auch in der Initiative Chemie Hochrhein unterschiedliche Positionen gibt, aber wir wollen den Dialog am Leben erhalten und das Verbindende betonen. Und das ist, dass alle den Standort stärken wollen.

Wie arbeiten die Initiative und die Entscheider in den Unternehmen und Behörden zusammen?

In der Initiative sind auch wichtige Entscheider, aber wir können natürlich nur Themen setzen, weil wir stellvertretend für die gesellschaftlichen Akteure in der Initiative am Hochrhein mitarbeiten, aber nicht automatisch für diese Funktion demokratisch gewählt sind. Wir nutzen die Netzwerke und versuchen, die anstehenden Themen auch in die öffentlichen Gremien zu tragen.

Wie soll und kann es mit der Bürgerbeteiligung am Hochrhein weitergehen?

Das ist unser nächstes Ziel. Durch die Ergebnisse in der repräsentativen Bevölkerungsumfrage kennen wir die positiven und kritischen Punkte, an denen wir im Dialog mit der Öffentlichkeit ansetzen müssen. Denn allgemein schätzen beispielsweise die jungen Menschen die Chemische Industrie als guten Arbeitgeber, aber bei der Nachfrage nach der eigenen Priorität bei der Auswahl eines Ausbildungs- und Arbeitsplatzes, orientiert sich die Wunschliste in andere Richtungen. Daran sollten wir arbeiten.

Ist die Beteiligung der Anspruchsgruppen wirklich institutionalisiert?

Das ist nicht einfach zu beantworten. Von den Repräsentanten her sind wir in der Initiative hochkarätig besetzt, aber inwieweit die Wirkungskraft in andere gesellschaftlichen Gruppen hinein effektiv funktioniert, lässt sich schwer einschätzen.

Geht es um mehr als Standort- und Fachkräftemarketing?

Standortmarketing ist sicher ein wichtiger Punkt. Aber es geht auch darum, dass sich die Firmen und die Unternehmensverantwortlichen als gute Nachbarn in der Region sehen, sich für die Gemeinden engagieren, sich also auch um die Probleme der Region kümmern. Das Führungspersonal vieler Firmen ist durch Funktionswechsel nicht so intensiv am Hochrhein verankert, wie man es sich wünschen würde.

Wo sehen Sie Konflikte, die nicht ohne weiteres im Konsens gelöst werden können?

Der größte Konflikt ist in Grenzach die Frage der Altlastbeseitigung auf dem BASF-Gelände.

Das wird man nicht problemlos im Konsens lösen können, weil dahinter auch materielle Interessen stehen. Die Frage der Sanierungsmethode ist auch eine Frage sehr unterschiedlicher Kosten.

Ein Streitpunkt oder die „Gretchenfrage“, so die BI Zukunftsforum ist die Ansiedlung eines Chemieentsorgers. Wie stehen Sie dazu?

Das ist sicher ein weiterer Streitpunkt. Es gibt die Furcht, dass die BASF eines Tages ganz weg geht und am Ende nur der Entsorger bleibt. Und eine solche Weichenstellung möchten Teile der Bevölkerung nicht. Deshalb wird über alternative Konzepte zur Industriean-siedlung in Grenzach-Wyhlen diskutiert. Von der Bürgerinitiative wurde jedoch betont, dass es bei aller Unterschiedlichkeit in den Argumenten die Industrie- und Chemiearbeitsplätze nicht infrage gestellt werden. Es ging um die Aktivitäten einer speziellen Entsorgungsfirma und den damit einhergehenden Belastungen. Und hier muss der Dialog ansetzen. Am Ende kann man gegen die Mehrheit der Bevölkerung sowieso kein Projekt erfolgreich durchsetzen.

„Bürgerbeteiligung bedeutet für alle Seiten Kompromisse“

11



Klaus Eberhardt, SPD, ist 2012 für acht Jahre zum Oberbürgermeister von Rheinfelden (Baden) gewählt worden. Er will 2020 für eine zweite Wahlperiode antreten.

Herr Eberhardt, Bürgerbeteiligung ist heute vielfach angesagt. Wie sehen Sie die Erfolgchancen am Hochrhein?

Ohne Bürgerbeteiligung geht in einer zunehmend komplexeren Gesellschaft nicht mehr. Dafür spricht auch, dass viele Bürgerinnen und Bürger über große Sachkenntnis verfügen. Da ist es doch wünschenswert, diese Kompetenzen auch für industrielle Vorhaben zu nutzen. Aber Bürgerbeteiligung ist kein Allheilmittel, weil sie oft kurzfristig ist und nur ein konkretes Projekt betrifft. Deswegen haben wir in der Initiative Chemie am Hochrhein gesagt: Wie sich die Chemie am Hochrhein aufgestellt, ist eine Daueraufgabe. Wir müssen die Bürgerbeteiligung in einen permanenten Prozess überführen.

Klar, alle Beteiligten den Standort stärken wollen. Wo hakt es, wo sind die Knackpunkte?

Wir wissen aus Umfragen, dass es eine hohe Akzeptanz für die Chemie-Industrie am Hochrhein gibt. Wir haben attraktive Arbeitsplätze und eine gute Ausbildung für den Nachwuchs. Aber es gibt auch Bruchstellen, etwa bei Informationen über Veränderungsprozesse wie Umstrukturierungen von Produktionsprozessen und Anlagentypen oder wenn es um die künftige Nutzung von frei gewordenen Industrieflächen geht. Dafür müssen wir gemeinsam ein Konzept entwickeln. In der Vergangenheit ist das nicht immer gut gelungen.

Welche Vorteile hat eine Bürgerbeteiligung?

Man erfährt so sehr früh Stimmungslagen, was die Bürgerinnen und Bürger wirklich wollen. Außerdem kann man sehr früh Missverständnisse und Befürchtungen ausräumen, wenn man wirklich offen und transparent arbeitet. Bürgerbeteiligung als Alibi-Veranstaltung hat keinen Sinn. In dieser Hinsicht müssen sich auch die hiesigen Betriebe mehr öffnen, flexibler werden und Informationen in einem dauernden Dialogprozess einspeisen. Wir wissen von einem Betrieb in Rheinfelden, dass diese Fragen bis hoch zum Vorstand getragen werden, also Chefsache sind.

Es gibt auch Nachteile?

Wenn alle Argumente und Informationen ausgetauscht sind, müssen irgendwann Entscheidungen fallen. Und das heißt: Man kann nicht immer alle zufriedenstellen. Bürgerbeteiligung bedeutet für alle Seiten Kompromisse. Aber eine frühe Beteiligung der Öffentlichkeit ist immer besser als eine nachträgliche, wenn Entscheidungen bereits getroffen wurden. Das verzögert Planungsprozesse ungemein.

Wie könnte eine Strategie für die Region aussehen?

Wir wollen die jetzt etablierte Gesprächskultur am Hochrhein weiter pflegen. Das ist zunächst unsere Strategie. Und wir wollen natürlich diesen Industriestandort positiv ins Gespräch bringen. Mit unserer Kultur der Transparenz und Beteiligung können wir da sicher punkten. Davon bin ich überzeugt.

Über die CSSA:

Die CSSA ist eine gemeinsame Initiative der Chemie-Sozialpartner Bundesarbeitgeberverband Chemie e. V. (BAVC) und IG BCE. Ihre Handlungsfelder sind der demografische Wandel, Weiterbildung und Wirtschaftsethik. Die CSSA trägt ihrerseits zur Vertiefung der Sozialpartnerschaft in der Chemie-Industrie bei. Dafür haben BAVC und IG BCE im August 2008 die Vereinbarung „Verantwortliches Handeln in der Sozialen Marktwirtschaft“ (Ethik-Kodex) unterzeichnet und damit den sogenannten Wittenberg-Prozess ins Leben gerufen.